

INTERNATIONALAKTUELL



Rolle rückwärts?

Atomabkommen mit dem Iran



Deutschland, Frankreich, Großbritannien, China, Russland und die USA (E3+3 Gruppe) einigten sich im Juli 2015 mit dem Iran darauf, dass iranische Atomprogramme beizulegen. Der Iran stimmte der Kontrolle durch die Internationale Atomenergie-Organisation (IAEO) zu, woraufhin Sanktionen seitens der UN, der EU und der USA seit dem Januar 2016 gelockert wurden. Das Abkommen stimmte auch die deutsche Wirtschaft positiv: Der Investitionsbedarf im Iran wurde mit rund einer Billion US-Dollar bis zum Jahr 2025 beziffert.

■ **Wirtschaftsbeziehungen zum Iran verbessert**

Der deutsch-iranische Handel ist seit der Lockerung der Sanktionen immerhin um 42 Prozent auf 3,4 Milliarden Euro gestiegen. 2017 setzte die deutsche Wirtschaft Waren für 3 Milliarden Euro ab – ein Zuwachs von 17 Prozent gegenüber 2016. Zahlreiche deutsche Unternehmen haben ihre Repräsentanzen im Iran wiedereröffnet, vertreiben ihre Produkte auf dem iranischen Markt und planen Investitionen mit iranischen Joint-Venture-Partnern. Die iranische Wirtschaft ist im letzten Jahr um mehr als 4 Prozent gewachsen. Gerade aufgrund der jungen und steigenden Bevölkerung ist das Wachstum auch notwendig, um vor Ort Arbeitsplätze zu schaffen.

■ **Ausstieg der USA aus dem Atomabkommen droht...**

Am 8. Mai 2018 um 20:00 Uhr deutscher Zeit will US-Präsident Donald Trump seine Entscheidung über eine weitere Aussetzung der US-Sanktionen bekanntgeben. Mit seiner Ankündigung, ohne Änderungen des Atomabkommens die Aussetzung der US-Sanktionen nicht verlängern zu wollen, steht das Iran-Geschäft wieder stark in Frage. Der US-Präsident ist erklärter Kritiker des Atomabkommens. Er wirft dem Iran u. a. vor, Gewalt im Nahen Osten zu unterstützen und fordert eine komplette Neuverhandlung des Abkommens. Ob in den kommenden Wochen wieder US-Sanktionen eingeführt werden oder nicht, ist derzeit völlig offen und ebenso die Frage, welche dies sein werden. Offen ist zudem, und wenn ja, welche Sanktionen das sein werden. Außerdem ist ungewiss, wie sich die iranische Regierung angesichts eines möglichen Ausstiegs der USA aus dem Atomabkommen verhalten wird.

■ **... und riskiert das Iran-Geschäft von deutschen Unternehmen**

Diese Entwicklungen gefährden die wieder besseren Wirtschaftsbeziehungen deutscher Unternehmen mit dem Iran erheblich. Treten die US-Sanktionen wieder in Kraft, treibt die Unternehmen die Sorge um, durch Handel mit dem Iran gleichzeitig ihr US-Geschäft zu verlieren. Schließlich drohen auch europäischen Unternehmen Strafen in den USA, sollte sich zum Beispiel der iranische Geschäftspartner auf US-Sanktionslisten wiederfinden – auch wenn die EU ihre eigenen Iran-Sanktionen nicht wiederbelebt. Es ist zudem unklar, ob von Seiten der USA ein Bestandschutz für Altverträge gewährleistet ist (sog. grandfathering clause).

Gerade international tätige Banken mit US-Geschäft wären durch wiederaktivierte US-Sanktionen mit steigenden Risiken konfrontiert und könnten sich gänzlich aus dem Iran-Geschäft

zurückziehen – mit erheblichen Folgen auch für die deutschen Unternehmen ohne US-Nexus, die dort finanziert werden.

■ Europäische Lösung gefragt

Die Situation ist schon zum jetzigen Zeitpunkt für viele Unternehmen schwer zu durchschauen. Beispielsweise ist eine der größten Herausforderungen, eine Bank für die Finanzierung des Investitionsgeschäfts zu finden. Denn bereits heute unterscheiden sich die noch bestehenden europäischen und amerikanischen Iran-Sanktionen, was zu einem erhöhten Prüfaufwand oder zu einem gänzlichen Unterlassen beim Iran-Geschäft führt. Wenn die US-Sanktionen wieder in Kraft treten, dann sind die europäischen Unternehmen aufgrund deren direkter oder mittelbarer extraterritorialer Auswirkungen auf Unterstützung durch die europäische Politik angewiesen. Sollte die Entscheidung des US-Präsidenten das Atomabkommen gar als Ganzes in Frage stellen, würden nicht nur die bilateralen Wirtschaftsbeziehungen leiden, sondern auch das Vertrauen in internationales Recht insgesamt. Die Bundesregierung sollte sich innerhalb der EU und gegenüber den USA für die Aufrechterhaltung des Atomabkommens einsetzen und das europäische Irangeschäft schützen.

Ansprechpartner:

Herr Philipp Simon Andree

Tel.: 030 20308 2306

E-Mail: Andree.Philipp@dihk.de

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

Breite Straße 29, 10178 Berlin

Frau Dr. Angela Dube

Tel.: 030 20308 2320

E-Mail: dube.angela@dihk.de

Deutscher Industrie- und Handelskammertag e.V.

Breite Straße 29, 10178 Berlin

Der DIHK informiert mit "DIHK International Aktuell" zeitnah über internationale Entwicklungen, die für die deutsche Wirtschaft von Bedeutung sind. Dieses Format enthält die Einschätzung des DIHK und erläutert in knapper Form den aktuellen Stand und die Hintergründe. ■